

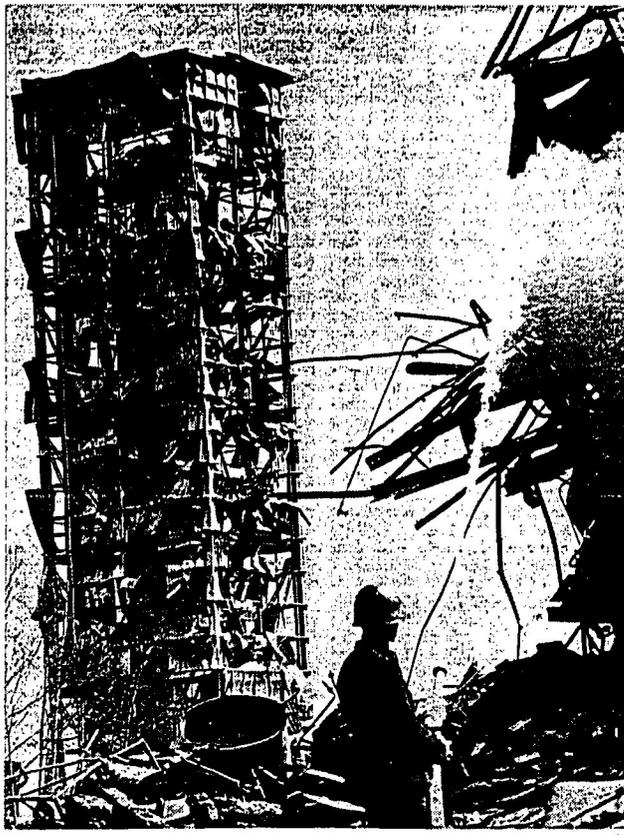
Luzerner Tagblatt

Vorwürfe Moskaus an Belgrad 2
Bildbericht von der Explosionskatastrophe im Freiamt 3
Zweite Runde der Nahostgespräche LM

Tod und Verderben in Dottikon (AG)

Eine ungeheure Explosion in der Schweizerischen Sprengstoff-Fabrik AG in Dottikon AG brachte gestern Tod und Verderben: Neun Tote und 40 zum Teil Schwerverletzte forderte die schlimmste Explosionskatastrophe der jüngsten Zeit. Und der Sachschaden geht in die Millionen. Durch die Explosion wurden große Teile der Fabrik zerstört. Auch im Dorfe Dottikon und in weiter Umgebung erlitten viele Häuser und Fabrikgebäude schwere Schäden an Dächern und Mauern. Unzählige Fenster gingen durch den ungeheuren Druck - der sogar im 20 km entfernten Aarau noch verspürt wurde - in Brüche. Auf dem Fabrikareal selbst bot sich ein Blick des Grauens: Inmitten des riesigen Trümmerfeldes lag ein Krater von 40 Meter Umfang, und ein gespenstisches Rauchgebilde - wie nach einer Atomexplosion - stieg in den Himmel. Unermessliches Leid hat viele Familien heimgesucht. Frauen, von Angst und Entsetzen gepackt, fragten bange nach ihren Männern und Söhnen. Nicht alle Leichen konnten identifiziert werden, weil sie bis zur Unkenntlichkeit verkohlt waren.

(Bildbericht auf Seite 3)



Neutralismus am Horizont Thailands?

Die Pläne Bangkoks für die Zeit nach Beendigung des Vietnamkrieges

«Die Staaten Südostasiens müssen sich zu einer neuen politischen Gemeinschaft zusammenschließen, wenn sie ihre Freiheit in die Nach-Vietnam-Periode hinüberretten und ein Gegengewicht gegen die Macht Rotchinas bilden wollen», erklärte der thailändische Außenminister Khoman kürzlich bei einem Aufenthalt in Tokio. Thailand hat sich bis jetzt als einer der treuesten Verbündeten der Vereinten Nationen in Südostasien gezeigt. Die thailändische Regierung hat nicht nur eine Brigade Kampftruppen in das benachbarte Vietnam entsandt, sondern den Amerikanern unentgeltlich sechs große Flugplätze zur Verfügung gestellt. Von thailändischem Boden aus wurde ein Großteil der Luftangriffe gegen Nordvietnam und den Ho-Tschi-Minh-Pfad in Laos geflogen. Aber heute beginnt man sich in Bangkok ernsthaft Gedanken zu machen, wie die thailändische Politik auf die veränderte Situation nach einem Friedensschluß in Vietnam umgestellt werden kann. Es verundert nicht, wenn der als wendiger Politiker bekannte Thanat Khoman seit kurzem immer wieder daran erinnert, daß mit einer Beendigung des Vietnamkrieges der Grund für die Anwesenheit der 50 000 US-Soldaten in Thailand wegfallen. Thailand hofft, mit dem Guerillaproblem im Nordosten des Landes und an der Grenze mit Malaysia aus eigenen Kräften fertig zu werden.

Nachlassen des Drucks von seiten des mächtigen Nachbarn China vor. Deshalb häufen sich neuerdings die Erklärungen einer Bereitschaft Thailands zur «Koexistenz» mit der Chinesischen Volksrepublik. Aber man sieht in Bangkok auch die Gefahren eines neutralistischen Alleingangs für einen kleineren, auf beschränkte Hilfsmittel gestützten Staat. Deshalb stellt Thanat Khoman immer wieder, wie jetzt in Tokio, den Gedanken einer größeren, allerdings nicht militärisch, sondern wirtschaftlich und politisch ausgerichteten asiatischen Gemeinschaftsorganisation in den Vordergrund seiner Überlegungen. Thailand erfreut sich unter den Staaten Südostasiens am ehesten wachsender wirtschaftlicher Prosperität und fortschreitender innenpolitischer Stabilisierung. Mitte Februar fanden zum ersten Mal seit über zehn Jahren wieder Parlamentswahlen statt. Sie brachten das militärische Regime Marschall Thanom Kittikachorns einen Schritt näher an die Legitimität. Allerdings halten die Militärs nach wie vor alle Schlüsselposten der Verwaltung besetzt, und als der «starke Mann» der Regierung gilt Innenminister General Praphas. Dennoch ist König Phumibols Popularität ungeboren. Die Zukunft des Landes wird davon abhängen, ob es ihm, wie in früheren Jahren, gelingt, sich aus den welt-politischen Verwicklungen herauszuhalten und zugleich im Innern durch soziale Reformen dem drohenden Guerilla-Unwesen den Boden zu entziehen.

Andreas Bauer

Eine Knebelung der tschechischen Presse

Prag, 8. April, ag. (AFP) Die tschechische Regierung genehmigte den Rücktritt des Präsidenten des tschechischen Presse- und Informationsamtes, Josef Vohnout. Dieser wird durch Josef Havlin ersetzt. Vohnout war seit der Gründung des Presseamtes am 30. August 1968 dessen Leiter gewesen. (Diese Aenderung steht in direktem Zusammenhang mit der von den Russen befohlenen Wiedereinführung der Pressezensur, Red.) Die neueste Nummer der Wochenzeitung der Schriftsteller in der Tschechoslowakei, «Listy», ist vollinhaltlich zensuriert worden. Die Zeitung kann am Mittwoch nicht wie gewohnt erscheinen.

Zurzeit ist noch nicht bekannt, ob das Blatt mit einigen Tagen Verspätung erscheinen wird, ob es verboten wird, oder ob es das Erscheinen von sich aus einstellen wird. Selbstverbrennungsversuch eines Parteimitglieds Ein Mitglied des kommunistischen Parteikomitees für ganz Westmähren in Jihlava (Jiglav), Procek, versuchte am Freitag, sich selbst zu verbrennen. Er leidet an 60prozentigen Verbrennungen und sein Leben ist gefährdet. Er handelte aus politischen Motiven. CSSR im Räderwerk der Sowjetwirtschaft (DPA) Der tschechoslowakische Vizepräsident und ständige Vertreter seines Landes beim Comecon, Hamouz, ist erneut nach Moskau gereist. Er wird an der 39. Sitzung des Comecon-Exekutivrats teilnehmen. Comecon gilt als das östliche Gegenstück zur EWG. (UPI) Der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der CSSR Frantisek Penc ist nach Moskau geflogen. Er soll in der Sowjetunion die Arbeit der kommunistischen Parteien in der Industrie studieren.

Ausschlüsse aus dem Jesuitenorden

Den Haag, 8. April, ag. (DPA) Die holländischen Pfarrer Huub Costerhuis und Ton van der Stap von der experimentellen Studentengemeinde in Amsterdam sind aus dem Jesuitenorden ausgeschlossen worden. Dies teilte der holländische Ordensprovinzial der Jesuiten, Pater Hermans, mit. Den beiden Entlassenen waren «unrichtige Auffassungen über die Kirche und den Orden» vorgeworfen worden.

Terroristen beschossen Eilat mit Raketen

Israelischer Gegenschlag gegen Akaba - Fünfstündiges Artillerieduell am Sueskanal

ag Die israelische Hafenstadt Eilat am Roten Meer ist am Dienstagmorgen von arabischen Terroristen mit Raketen beschossen worden. Acht Personen erlitten Verletzungen. Der Angriff erfolgte von jordanischem Gebiet aus. Es soll sich um die schwerste Terroristenaktion gehandelt haben, welche bisher gegen eine israelische Stadt gerichtet wurde. Mehrere Häuser wurden beschädigt, desgleichen eine Anzahl Autos. Der israelische Verteidigungsminister, General Dayan, begab sich in Begleitung von Generalstabschef Bar Lev sofort nach dem Angriff nach Eilat, um die entstandenen Schäden zu inspizieren. In israelischen Kreisen wurde darauf hingewiesen, daß in der Stadt die Badesaison begonnen habe. Tausende von Touristen befinden sich in Eilat. Es müsse alles getan werden, damit weitere solche Angriffe unterbleiben. Es wird vermutet, die Terroristen hätten sich die Abwesenheit König Husseins (der zurzeit in Amerika weil) zunutze gemacht, um das zwischen Jordanien und Israel bestehende stillschweigende Abkommen, keine Angriffe auf die beiden Häfen Eilat und Akaba zu unternehmen, zu verletzen. Israelische Jagdbomber griffen nach dem Raketenangriff auf Eilat arabischen Terroristenstellungen in der Nähe des jordanischen Hafens Akaba an. Ein jordanischer Militärsprecher erklärte, bei dem israelischen Angriff seien mehrere Gebäude in Akaba beschädigt worden. Nach jordanischen Angaben sollen zwei Personen getötet und neun weitere verletzt worden sein.

stunde sei das Feuer intensiviert und auf eine 60 Kilometer breite Front vom Bittersee bis nach Port Tewfik ausgedehnt worden. Der ägyptische Generalstab bestätigte den Ausbruch neuer Artilleriekämpfe. Nachdem um 9.15 Uhr MEZ zufolge Intervention der Uno-Beobachter eine Gefechtspause eingetreten sei, hätten, laut ägyptischer Meldung, die Israelis die Beschießung fortgesetzt. Auch von israelischer Seite wurde gemeldet, daß die Uno-Beobachter die Einstellung des Feuers verlangt hätten. Die Ägypter hätten jedoch weitergeschossen, so daß die Israelis gezwungen waren, das Feuer zu erwidern. (AFP) Das Feuer wurde um 12.20 Uhr Schweizerzeit eingestellt. Die Uno-Beobachter erzielten um 12.15 Uhr ein Abkommen der beiden Parteien. Das sehr heftige Artillerieduell auf einer Breite von 80 Kilometern dauerte also ganze fünf Stunden. Der neue Angriff der Ägypter am 8. April am Suezkanal überrascht nicht. Für den gleichen Tag waren nämlich neue Besprechungen der Botschafter der vier Großmächte in New York vorgesehen, und es ist bekannt, daß Kairo darauf ausgeht, durch ständige wiederkehrende Gefechte den Nahostkonflikt «am Leben zu erhalten». Dadurch, daß dessen Gefährlichkeit stets von neuem demonstriert wird, hoffen die Araber, die Großmächte zu einem «Friedensdiktat» veranlassen zu können, das natürlich auf Kosten der Israelis zu gehen hätte. Die Sowjets und Franzosen machen dieses Spiel bereitwillig mit. Kein israelischer «Friedensplan» für die Viererkonferenz Tel Aviv, 8. April, ag. (AFP) Von amerikanischer Seite soll Israel vorgeschlagen worden sein, der Viermächtekonferenz, die gegenwärtig in New

York die Probleme des Nahen Ostens erörtert, einen eigenen Friedensplan vorzulegen. Obwohl die Amerikaner versichert hätten, dieser Plan werde von den Großmächten mit aller Objektivität behandelt, habe es Israel abgelehnt, auf diesen Vorschlag einzutreten. Israel spricht den vier ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates die Berechtigung ab, im israelisch-arabischen Konflikt zu intervenieren, und würde sich lediglich bereit erklären, einen allfälligen Friedensvorschlag direkt den arabischen Staaten zuzustellen, und dies nur, wenn diese sich bereit erklärten, mit Israel zu verhandeln. Förderung israelischer Firmen in besetzten Gebieten Hebron, 8. April, ag. (AFP) Die «Bewegung für Groß-Israel» meldete die Gründung einer Gesellschaft, deren Ziel es ist, die Gründung von Wirtschaftsunternehmen in den besetzten Gebieten zu fördern. Das Anfangskapital dieser Gesellschaft beträgt eine Million israelischer Pfund. Die Hälfte des Kapitals sei von Ausländern gezeichnet worden, der Rest von den Israelis, präzipierte Josua Ben-Zion, einer der Förderer der Bewegung, bei der Gründungsversammlung. Große Grundwasser-Reserven in der Sinai-Wüste Jerusalem, 8. April, ag. (R) In Jerusalem wurde berichtet, daß unter der Sinai-Wüste Grundwasserreserven von 100 000 Millionen Kubikmeter bestünden. Jedes Jahr würden sie mit einer Million Kubikmeter Wasser wieder aufgefüllt. Diese Reserven seien dort seit 30 000 Jahren und würden ungeahnte Möglichkeiten der Entwicklung bieten. Auch sei der Salzgehalt des Wassers unter der Sinai-Wüste neunmal kleiner als jener der Umgebung des Hafens Eilat am Golf von Akaba.

Zwanzig Jahre Atlantikpakt

Wandlung vom Militärbündnis zur politischen Organisation

In geschäftsmäßiger Atmosphäre wird der Nato-Ministerrat am 10. April in Washington das 20jährige Bestehen des Nordatlantik-Vertrages feiern. Lediglich 45 Minuten der zweitägigen Sitzung werden mit Reden des amerikanischen Außenministers Rogers, Außenminister Brandts als derzeitigem Ehrenpräsidenten des Nordatlantik-Rates, des Nato-Generalsekretärs Brosio und Präsident Nixons dem Jubiläum gewidmet. Der Nato-Vertrag wurde vor 20 Jahren, am 4. April 1949, in Washington von den Außenministern Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Islands, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals und der Vereinigten Staaten unterzeichnet. Das damals auf unbegrenzte Zeit und für 20 Jahre unkündbare Bündnis wurde unter dem Eindruck des kommunisti-

schen Staatsreiches in Prag vom 22. Februar 1948 und der Berliner Blockade geschlossen. Ein erster sichtbarer Erfolg, noch vor Inkrafttreten des Vertrages, war die Beendigung der Blockade am 9. Mai 1949. Das Bündnis hat sich als anpassungsfähig erwiesen und erhebliche Veränderungen durchgemacht. Es ist heute weit mehr bedeutsam als politisch-wirtschaftliches Geflecht denn als reiner Militärpakt, und ohne die ständige Anpassung an veränderte Wünsche, Bedürfnisse und Konstellationen der Mitgliedstaaten hätte Präsident Nixon bei seinem Besuch in Brüssel am 23. Februar vor dem Ständigen Nato-Rat kaum von den «nächsten 20 Jahren» der Allianz sprechen können. Militärisch wichtig war im Jahre 1951 das geschichtliche Novum der Ein-

setzung eines gemeinsamen Oberbefehlshabers mit integriertem Stab für Europa schon in Friedenszeiten - eine Reaktion auf den Koreakrieg, die Schaffung eines gemeinsam finanzierten Programms für den Ausbau der sogenannten Infrastruktur von Nachschublinien, Vorratslagern, Fernmeldeeinrichtungen, Flugplätzen, die spätere Beteiligung atomwaffenloser Mitgliedstaaten an der Diskussion um nukleare Einsatzplanung und schließlich die Fortdauer dieser Einrichtungen mit veränderten Modalitäten nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration Anno 1966. Entscheidender für die ganze Konsistenz und die Bedeutung der Allianz wurde der Beitritt der Bundesrepublik 1954, dem 1952 die Beitritts Griechenlands und der Türkei vorausgegangen